

## **Das Jahr 1990 – eine überfällige Würdigung Grußwort von Carola von Braun, Vizepräsidentin der Akademie**

Sommerfest der Evangelischen Akademie zu Berlin  
am 29.08.2010 auf Schwanenwerder

Ich möchte den heutigen Tag zum Anlass nehmen, uns zu erinnern an ein bedeutendes Jahr – das Jahr 1990, dem Jahr der Vereinigung der beiden Deutschlands. Ein Jahr, das fundamentale, historisch bedeutsame Entwicklungen brachte. In einem Tempo, das noch im Nachhinein Schwindel erregt und Respekt vor der Entscheidungskraft und Verantwortung vieler Menschen auf allen Ebenen der Gesellschaft, in der Politik, und nicht zuletzt auch in unserer Kirche; die Position bezog zu vielen Fragen, die damals Deutsche in Ost und West bewegte. Und unter deren Dach sich genauso heftige Diskussionen abspielten wie in der Politik. Unsere Kirche – und die Evangelischen Akademien spielten hier eine große Rolle – war schon damals nicht nur Forum, auf dem alle zu Wort kommen durften – sie war auch Faktor, sie gestaltete selbst mit.

Ein paar Beispiele – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – sollen die bedeutsamen Streitfragen dieses Jahres noch einmal vor unsere Augen führen. Ich schildere sie subjektiv aus der Sicht einer damaligen Westberlinerin, vor Ihnen, einem Publikum von Zeitzeugen. Die Beispiele sollen helfen, uns an dieses dichte Jahr 1990 zu erinnern.

Stellen Sie sich vor wir sind im Jahr 1990: Es gibt keine Handys, kein Internet. Telefonieren in die DDR ist auch in diesem Jahr noch schwierig bis unmöglich, im ersten Quartal knackt es noch gelegentlich in der Leitung. Die Alliierten haben das letzte Wort.

Nach einem ereignisdichten Jahr 1989, mit den Flüchtlingsströmen über die österreichisch-ungarische Grenze, großen Demonstrationen in Leipzig, Dresden, Berlin – wo unsere Kirche oft einen Ausgangspunkt, ein Dach und Unterstützung geboten hatte – und schließlich dem Fall der Mauer am 09. November 1989, dem großen Wunder einer gewaltfreien Revolution, obwohl das Militär vorbereitet war, folgen Wochen und Monate voller weiterer Anspannungen.

Die Ereignisse überschlagen sich nach dem Fall der Mauer in atemberaubender Geschwindigkeit. Ich zähle chronologisch nur die wichtigsten Stationen und Stimmungen auf.

Auf der lokalen Ebene herrschen nach dem Mauerfall über Wochen gespaltene Gefühle vor. Einesteils ist allen bewusst: Dies ist ein großes geschichtliches Ereignis. Es ist bedeutend für die gesamte Welt, weil es eine internationale Kräfteverschiebung mit sich bringen könnte. Und das findet in unserem Land statt. Gleichzeitig beherrscht Sorge vor einem Rückfall in Gewalt oder Abschottung die Diskussion.

Ende November 1989 trägt Helmut Kohl im Bundestag das Zehn-Punkte-Papier vor, das vorsichtig auf eine schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten setzt.

Schon das wird skeptisch gesehen, als Gefahr für das Erreichte in Berlin (Entspannung, erleichterter Familienbesuch usw.). Auch in den Parteigremien der meisten (West)-Berliner Parteien, auch in unserer Kirche. Aber schon wenige Tage danach beginnt in Ost und West bereits eine heftige Debatte, ob und unter welchen Bedingungen eine Wiedervereinigung vorstellbar wäre.

Ein Beispiel: Am 09.12.1989 finden gleichzeitig zwei Demonstrationen statt – eine auf dem Kurfürstendamm mit Plakaten wie „Gegen Heuchelei und die Vereinnahmung der DDR durch die BRD“ und eine im Lustgarten für die Vereinigung.

Im Dezember 1989 wird der Runde Tisch eingesetzt, dessen Forderungen von nun an die Debatte erheblich beeinflussen werden. Der Runde Tisch strebt eine neue Verfassung an und freie Wahlen zur

Volkskammer im Mai 1990. Bereits ab Dezember 1989 werden international und national verschiedene Konzepte für die Vereinigung diskutiert.

Nur kurze Zeit nach dem Zehn-Punkte-Programm von Kohl wird ein Aufruf veröffentlicht von Stefan Heym, Christa Wolf, Kirchenvertretern und Bürgerrechtlern, in dem ein Fortbestand der DDR als sozialistische Alternative zur Bundesrepublik gefordert wird. Der Aufruf wird bis Ende Januar 1990 von immerhin fast 1,5 Millionen Menschen unterzeichnet. Ich erinnere daran, weil dieses Beispiel zeigt, dass unsere Kirche eben nicht nur Forum war, sondern auch eine gesellschaftliche Kraft, die auch intern die gleichen Streitfragen zu bewältigen hatte wie die übrige Gesellschaft in Ost und West.

Der Handlungsdruck verstärkt sich auch nach dem Mauerfall kontinuierlich – die Flüchtlingsströme aus der DDR in das Bundesgebiet lassen kaum nach, immer deutlicher wird, dass die DDR ökonomisch und institutionell vor erheblichen Problemen steht. Auch deshalb wird entschieden, die Wahl zur Volkskammer auf den 18. März 1990 vorzuziehen.

Anfang Februar 1990 schlägt Ministerpräsident Modrow einen Vierstufenplan zur deutschen Einheit vor. Ziel des Vierstufenplans: Bildung eines einheitlichen deutschen Staates als Föderation oder als Deutscher Bund mit einheitlicher Verfassung, auf dem Wege dahin sollten beide Staaten militärisch neutral bleiben.

Als Reaktion auf den Vierstufenplan schlägt die Bundesregierung eine „Wirtschafts- und Währungsunion“ vor; das Thema wird entscheidend für die Wahlen am 18.03.1990. Die Stimmung in der Bevölkerung ist hoch politisiert. Demonstrationen finden weiterhin statt, bis zur Volkskammerwahl im März. Die Volkskammerwahl am 18. März 1990 bringt ein deutliches Votum: Die Wiedervereinigung ist von einer klaren Mehrheit gewollt.

Im April 1990 wird die Regierung Lothar de Maiziere gewählt: Sie wird getragen von einer ganz großen Koalition aus der CDU-Allianz für Deutschland, SPD und dem Bund Freier Demokraten. Sie steht vor Herkulesaufgaben, von denen jede einzelne intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert wird – und stemmt sie, was nach meiner Auffassung bis heute nicht genug gewürdigt wird.

Zeitgleich wird nun auch einer breiteren Öffentlichkeit klar: Eine Wiedervereinigung kommt aus rechtlichen Gründen nur als Beitritt der DDR infrage, sie darf von der Bundesrepublik nicht abgelehnt werden. Hoch streitig ist die Frage, ob nach Artikel 23 oder nach Artikel 146, der eine gemeinsame, neu zu erarbeitende Verfassung vorsah, was ein Hauptziel des Runden Tisches gewesen war. Über diese Frage wird in aller Heftigkeit auch in der EKD-Synode und im Präsidium des Evangelischen Kirchentages diskutiert, wie ich mich gut erinnere.

Gleichzeitig werden auf Internationaler Ebene verschiedene Konzepte gehandelt. Nach anfänglich erheblichen Widerständen vor allem auf europäischer Seite - nur die amerikanische Regierung unterstützt das Vorhaben von Anfang an uneingeschränkt – gelingt es in einem engen „Zeitfenster“ von wenigen Monaten, diese Bedenken zu entkräften, der außenpolitische Zwei-plus-Vier-Vertrag wird am 12. September 1990 in Moskau ratifiziert. Schon das ist ein Kraftakt, der unter normalen Umständen Jahre, wenn nicht Jahrzehnte gebraucht hätte.

Aber das ist nur der außenpolitische Kraftakt. Der innerdeutsche Kraftakt bindet noch mehr Kräfte und gelingt. Dass bis zum 01. Juli 1990 auch alle Grenzkontrollen aufgehoben wurden, das Ministerium für Staatssicherheit schon im April aufgelöst worden war, geschieht fast beiläufig.

Das noch bedeutsamere Datum im Sommer dieses Jahres ist die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion am 01. Juli 1990. Hoch streitig sind die Bedingungen der Währungsunion, umstritten auch in unserer Kirche, eins zu eins oder zwei zu eins, wie es die Bundesbank aus ökonomischen Gründen vorschlägt. Die Bundesregierung entscheidet sich für den Kurs eins zu eins, auch um die Löhne in der DDR nicht noch weiter zu entwerten. Aber klar ist auch, dass dies Folgen haben würde für die Wettbewerbsfähigkeit aller DDR-Betriebe im internationalen Vergleich, wie sich sehr schnell zeigen sollte.

Trotzdem ist diese Entscheidung aus der Sicht des überwiegenden Teils der Bevölkerung alternativlos, auch im Westen.

Neben diesen gewichtigen Fragen werden aber auch alle anderen Fragen geklärt, die das Zusammenfügen von zwei Gesellschaften mit sich bringt. Jede dieser Fragen wird in der Öffentlichkeit intensiv und streitig begleitet: das Zusammenfügen der Sozial- und Rentensysteme, das Rechtssystem, und vieles mehr.

All das haben die Vertreter der Bundesregierung und der DDR, die nachgeordneten Verwaltungen in beiden Staaten in diesen wenigen Wochen in nächtelangen Verhandlungen für den Einigungsvertrag ausgehandelt und -gefeilt, Rahmenbedingungen, die für das Alltagsleben der Menschen mindestens genauso wichtig waren und deshalb auch heftig von der gesamten Bevölkerung diskutiert wurden, in Ost und West, auch in unserer Kirche. Auch dies war ein Herkulesakt, der in der historischen Würdigung meines Erachtens zu kurz kommt.

Die Eckdaten dieses ausgehandelten Pakets sind die Grundlage für die Debatte in der Volkskammer, die dem allem zustimmen muss. Am frühen Morgen des 23. August 1990, vor fast genau 20 Jahren, nach stundenlangen heftigen Debatten bis in die tiefe Nacht – viele Abgeordnete wollen den Erhalt der DDR als Staat des reformierten Sozialismus, der Streit darüber geht auch quer durch unsere Kirche – fällt die Volkskammer die Entscheidung: „Hiermit erklärt die Volkskammer der DDR den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland“.

Der Tag der Wiedervereinigung wird festgelegt, gleichzeitig wird die Bundestagswahl festgelegt auf den 02. Dezember 1990, zusammen mit Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus.

Dann kommt der 03.10.1990, die Wiedervereinigung – mit der großen Feier am 02. Oktober auf dem Gelände vor dem Reichstag, mit über 100.000 Menschen. Allen Teilnehmern ist bewusst: Dies ist ein bedeutsamer großer Tag – für Europa, für unser Land und für mich persönlich. Aber gleichzeitig schwingt auch Sorge mit vor den großen Herausforderungen, die nun bevorstehen und allen klar sind.

Jeder Mensch, der diese zwei Jahre erlebt hat – vom beginnenden Flüchtlingsstrom bis zu diesem Tag – der weiß, was ein einzelner Mensch zusammen mit vielen Anderen bewirken kann.

Ich habe diese Stationen noch einmal in Erinnerung gerufen, weil manchmal in Vergessenheit gerät, dass das Jahr 1990 für jeden einzelnen Menschen in unserem Land mindestens genauso bedeutsam war wie das Jahr 1989. Und dass die verantwortungsvolle Mitwirkung von vielen Menschen auf allen Ebenen, den politischen, den kirchlichen, den übrigen zivilgesellschaftlichen dafür unabdingbar war. Eine Würdigung ihrer Verantwortungsbereitschaft und ihrer Leistungen ist überfällig.

Und ich wollte daran erinnern, dass unsere Kirche und die Evangelischen Akademien in diesen bedeutsamen Jahren eine wichtige Rolle gespielt haben: als Forum für die großen Streitfragen und als mitgestaltender Faktor der Zivilgesellschaft. Als Beweis dafür, dass mutiges Positionieren, auch streitige Diskussionen in den eigenen Reihen um den besten Weg, aller Ehren wert sind.

Ich freue mich darüber zu erleben, dass die Evangelische Akademie sich auch heute dieser Aufgabe stellt – bei den Themen, die uns heute 20 Jahre nach 1990 bewegen – als Forum und durchaus auch als Faktor in der gesellschaftlichen Debatte.